

Zehntel-Prozent-Krise

Deutsche Industrie steigert Exporte im März. Dennoch wird die Produktion insgesamt zurückgefahren

Von Klaus Fischer

Die deutsche Wirtschaft bietet kaum Lichtblicke. Überraschend kam deshalb am Freitag die Meldung des Statistischen Bundesamtes, dass die Warenausfuhren im März gestiegen sind. Überraschend deshalb, weil die Dauerkrise im nationalen Maßstab weiterbrodelt und die globalen Austauschbeziehungen (»Lieferketten« etc.) durch den US-amerikanischen und israelischen Krieg gegen Iran die Lage weiter verschlechtert haben. Insofern ist es nicht unlogisch, dass Konzerne in der Bundesrepublik ihre Produktion zurückfahren.

Um 0,5 Prozent stiegen die Exporte gegenüber dem Februar: auf 135,8 Milliarden Euro. Die Industrieproduktion indes sank um 0,7 Prozent. Auch das eine zwölfstellige Zahl. Trotz offenbar guter Auftragslage schrumpfte die Produktion. Was wie ein Widerspruch aussieht, ist keiner. Denn die gute Auftragslage ist kein Zeichen für Aufschwung. »Vielmehr verbergen sich dahinter auch Lageraufstockungen, um Lieferkettenstörungen im Zuge des Krieges im Nahen Osten zu begegnen«, zitierte *Reuters* am Freitag den DIHK-Konjunkturexperten Jupp Zenzen.

Kern des BRD-Problems bleibt die Stromkrise. Hier wird Elektroenergie weiter zu deutlich höheren Kosten als bei Weltmarktkonkurrenten in Asien, den USA und selbst in manchen EU-Ländern erzeugt. Staatliche Subventionen wie der Industriestrompreis wirken nur kurzzeitig. Der Mitnahmeeffekt befähigt das Kapital nicht, angesichts der Kosten auf Dauer Industriegüter herzustellen und profitabel zu verkaufen. Das Resultat: Es wird anderswo investiert.

Beim täglichen Jonglieren mit Zahlen und Prozenten in den Wirtschaftsnachrichten gerät ein Fakt regelmäßig aus dem Blick: Konzerne produzieren nicht, weil ihre Eigner Spaß daran haben. Sie wollen langfristige Aussichten auf ihre Gewinnmarge sehen und werden sich dabei nicht auf wechselnde Versprechen von periodisch wechselnden Regierungen stützen.

Dies wird um so deutlicher, wenn man die Eigentümerstruktur der meisten Großkonzerne zur Kenntnis nimmt, in denen nicht länger einzelne Großkapitalpatriarchen früherer Jahre, sondern gigantische institutionelle Anleger wie etwa Blackrock den Unternehmenskurs bestimmen. Oftmals haben besagte Patriarchen ihr Kapital zu genau solchen Fonds gebündelt, um dafür zu sorgen, dass ihre angehäuften Ausbeute auch ohne den Aufwand der Unternehmensführung stetig wächst.

Kapitaleigner, die ihre Betriebe noch selbst führen – meist betrifft das die sogenannten Mittelständler, nicht selten solche mit Milliardenumsätzen – befinden sich in einer weniger komfortablen Position. Aus ihren Reihen kommen darum immer wieder Mahnungen und Appelle an die Politik, das Energieproblem nach Marktkriterien, nicht nach politischen Traumvorstellungen zu lösen. Mit wenig Erfolg. Da kleine und mittlere Firmen ihre Produktionsbasis eher nicht in die USA oder nach China »ausschaffen« können, bleibt zuweilen nichts anderes übrig, als den Laden dichtzumachen. Und das kontrolliert, um zu retten, was zu retten ist: Jobverluste eingepreist.

Doch nicht nur die Stromfrage treibt die Krise. Nahezu ebenso schwer wiegen politische Weichenstellungen, wie die einseitige Parteinahme der EU im Ukraine-Konflikt – verbunden mit dem Versuch einer Militarisierung der Gesellschaft. Die Staatsschulden steigen erheblich. Politiker à la Merkel, Scholz oder Merz scheinen nicht in der Lage, »Politik als konzentrierte Ökonomik« zu begreifen, wie Marx es formulierte.

US-Präsident Donald Trump dürfte Marx nicht gut kennen. Den obigen Gedanken hat er als Immobiliendealer realisiert. Nur so ergibt seine anscheinend erratische Zoll-Strategie Sinn. Trump will die bestmöglichen Verwertungsbedingungen für die US-Eliten – nicht für die EU. Doch auch seine Regierung lernt gerade, dass Befehle bei der Mehrheit der Staaten auf Dauer nicht befolgt werden. Vor allem, wenn der US-Dollar in seinen Händen zur Weichwährung transformiert.

Für die BRD bleiben die Aussichten schlecht. Während es die Regierenden nahezu unmöglich gemacht haben, irgendwann wieder mit dem lebenswichtigen Partner Russland Geschäfte zu machen, stützt sich die Energiesicherung des Landes inzwischen zunehmend auf überteuertes US-Fracking-Gas. Die Akteure der Sprengung von Nord Stream 2 können sich in aller Ruhe am schleppenden Niedergang der deutschen Volkswirtschaft bereichern.

<https://www.jungewelt.de/artikel/522290.aufschwung-als-vision-zehntel-prozent-krise.html>